

Nr. 14927 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 7115/J

1994-09-22

## Anfrage

der Abgeordneten Mag. Haupt und Kollegen  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend Lösungsmittelverordnung

Durch die neue Lösungsmittelverordnung kommt es in einigen Bereichen der Wirtschaft zu massiven finanziellen und organisatorischen Belastungen. So kommt es z.B. im Bereich der Schuhindustrie zu großen Belastungen durch den Einbau entsprechender Schutzvorrichtungen. Die betriebswirtschaftliche Beurteilung der entsprechenden Maßnahmen wird darüber hinaus dadurch erschwert, daß in einigen Anwendungsbereichen der jetzt verwendeten Lösungsmittel noch kein entsprechender Ersatz gefunden werden konnte.

Die umweltpolitische Notwendigkeit einer entsprechenden Reduktion von Lösungsmitteln wird in keinster Weise bezweifelt. Allerdings muß auch festgestellt werden, daß bei den entsprechenden Umstellungsmaßnahmen der Betriebe alle Maßnahmen getroffen werden müssen, damit es nicht zur der -ebenfalls- unerwünschten Situation, einer drastischen Steigerung der Arbeitslosigkeit kommt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

### Anfrage:

1. Wurde die in Rede stehende Lösungsmittelverordnung mit Ihnen abgesprochen?
  - a. Wenn ja, warum wurden keine entsprechenden begleitenden Maßnahmen vorgesehen?
2. Werden/wurden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales Unterstützungsmaßnahmen (Sonderprogramme, Arbeitsstiftungen etc.) vorgesehen, um Arbeitnehmern, die durch entsprechende Umstellungsmaßnahmen von Betrieben ihren Arbeitsplatz verloren eine finanzielle Hilfestellung zu geben?
  - a. Wenn ja, welche Unterstützungen stehen diesen Arbeitnehmern offen?
  - b. Wenn nein, wann werden entsprechende Unterstützungen verfügbar sein?
3. Sind Ihnen ähnlich gelagerte Fälle bekannt?
  - a. Wenn ja, welche und wieviele Arbeitsplätze sind davon betroffen?